

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Walt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Kümmer“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blitz in die Kuchermasse“, „Kulturarbeit“ und „Lehrling“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Hauptredaktion 80 Pfennig. Restante 2.- Reichsmark. „Klein-Anzeigen“ das letzte Wort 15 Pfennig (zweiwöchentlich gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Ehrenamtliche Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Freitag, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Postkontokonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Bergarbeiterstreik in Böhmen.

30 000 Arbeiter im Streik.

Prag, 14. Februar. (Eigenbericht.)

Der für Montag angekündigte Streik der böhmischen Bergarbeiter wurde bis Montagabend vollkommen durchgeführt. Auf allen Gruben werden gemäß den Anordnungen der Streikleitung Notstandsarbeiten verrichtet. Da an dem Streik 30 000 Bergarbeiter beteiligt sind, werden von ihm praktisch — wenn man die Familienangehörigen usw. mitrechnet — mehr als 150 000 Menschen betroffen. Die Regierung hat trotzdem bisher noch keine Anstalten zur Vermittlung getroffen. Es ist anzunehmen, daß sich der Streik auch auf das Litau-Karwiner Revier ausdehnt und dadurch die Zahl der Streikenden noch wesentlich erhöht wird.

Keine amerikanische Zollunion.

Jeder Staat behält seine eigene Zollpolitik.

Havanna, 14. Februar.

Auf der Panamerika-Konferenz erklärte der Argentinier Pueyrredon, er unterzeichne nur einen Vertrag, der eine Nachprüfung der Zolltariffrage der Einzelstaaten durch die Panamerikanische Union gestattet. Der Amerikaner S. Hughes betonte dagegen, alle anderen Staaten widersprechen der Forderung Pueyrredons, da durch sie lebenswichtige Hoheitsrechte der Nationen angefaßt würden. Eine Verquickung von Wirtschaftsverträgen mit dem Gedanken der Union müsse die Union zerstören und sie daran hindern, gute Arbeit zu leisten.

Tanger-Zugeständnisse an Spanien.

Einigung Paris-Madrid — auch Rom beteiligt.

Paris, 14. Februar. (Eigenbericht.)

Die französisch-spanischen Tangerverhandlungen haben zu einer sachlichen Einigung geführt. Spanien hat größeren Anteil an der Verwaltung und an der Polizei in Tanger erhalten. Gleichzeitig wurde auch Italien infolgedessen beteiligt, als ihm die Leitung des Gesundheitswesens übertragen wurde.

Vor der Metallarbeiterausperrung.

Will Brauns eingreifen?

In ihre heutige Morgenausgabe schreibt die „Germania“ zu dem Ausperrungsbeschluss in der Metallindustrie:

„Es ist selbstverständlich daß auch die zuständigen Behörden die Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Sollte eine direkte Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden können, so bestehen nach dem jetzigen Stand der Dinge zwei Möglichkeiten zu einem Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums. Die in der vergangenen Woche ergebnislos geführten Besprechungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den mitteldeutschen Industriellen und Metallarbeitern sind seinerzeit nur vertagt worden. Es könnten also neue Verhandlungen anberaumt werden. Ferner besteht theoretisch die Möglichkeit, ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Wie sich die Dinge allerdings praktisch entwickeln werden, steht vorläufig noch völlig dahin.“

Es ist anzunehmen, daß in den obigen Ausführungen die Meinung des Reichsarbeitsministers wiedergegeben ist.

Felssturz in Idstein.

Das Rathaus schwer gefährdet.

Idstein im Taunus, 14. Februar.

Die Bewohner der Häuser in der Nähe des Rathauses wurden heute in aller Frühe durch ein heftiges Getöse geweckt. Es stellte sich heraus, daß der hinter dem Rathaus sich erhebende hohe Fels mit samt dem auf ihm errichteten Torbogengebäude und mehreren alten Gebäuden der Domänenverwaltung herabgestürzt war.

Die abgestürzten Steinmassen fielen in den Hof des Rathauses, das im Innern besonders stark beschädigt wurde. Der Druck, den die Felsmassen auf die hintere Wand des Rathauses ausübten, läßt befürchten, daß das untere Stockwerk eingedrückt wird. Es wurden alsbald umfangreiche Abstützungen vorgenommen, um dieser Gefahr zu begegnen. Die Decken und Außenwände des Rathauses zeigen in allen Stockwerken schwere Schäden.

Vertagung Vertagung Vertagung!

Der Bürgerblock findet keinen Schluß. — Interfraktionelle Besprechungen auf morgen vertagt. — Man redet immer noch über das Schulgesetz.

Die interfraktionellen Verhandlungen des Bürgerblocks haben heute morgen um 10 Uhr begonnen. Um 1 Uhr 20 Minuten wurden sie — auf morgen vormittag 10 Uhr vertagt.

Übermals vertagt! Und warum — weil die Herren keinen Schluß finden können.

Die Verhandlungen haben sich ausschließlich um das Schulgesetz gedreht — die politischen Konsequenzen des Scheiterns der Verhandlungen sind nicht berührt worden. Morgen soll weiter über das Schulgesetz verhandelt werden.

Es wird versichert, daß die Verhandlungen heute keine Verständigungsmöglichkeit gezeigt hätten. Man wartet nicht mehr auf das Ausreifen eines plötzlichen Umschwungens bei diesem oder jenem — nur noch auf das Stichwort, das den allgemeinen Ausbruch hervorruft. Aber keiner hat den Mut, offen auszusprechen: Die Verhandlungen sind zu Ende!

Man verhandelt und vertagt, und vertagt und verhandelt — und findet keinen Schluß. Weil jeder den anderen mit der Verantwortung für den Bruch belasten möchte.

Heute haben die Fraktionsführer ihre Standpunkte in der Schulfrage formuliert. Diese Standpunkte werden heute nachmittag von den Bürgerblockfraktionen beraten werden. Morgen früh um zehn werden dann wieder die Führer zu-

sammentreten — und so kann das liebliche Spiel noch lange fortgesetzt werden.

Die höchste politische Weisheit des Bürgerblocks heißt heute — vertagen. Aber die Abrechnung läßt sich nicht vertagen!

Unangenehme Zwangsgemeinschaft.

„Wenn aus dem negativen Ergebnis der jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen nicht sofort ein Bruch der Koalition erfolge, sondern diese als eine unangenehme Zwangsgemeinschaft noch für gewisse Zeit weiterbestehen sollte, so wäre dies nur dem Umstand zuzuschreiben, daß in der Tat noch einige wichtige Notstandsarbeiten erledigt werden müssen. Es handelt sich um den Etat und den Nachtragsetat, das Liquidations- und Schulgesetz und um die Hilfe für die Landwirtschaft. Daß auch noch das Strafgesetzbuch verabschiedet werden kann, daran glaubt in parlamentarischen Kreisen niemand mehr. Man mag dies bedauern oder nicht, für die Plenarsitzungen würde der Entwurf doch erst nach den Sommerferien reif sein. So lange ist die Koalition aber unter den obwaltenden Umständen bestimmt nicht zusammenzuhalten. Es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als durch ein Ueberleitungs-gesetz die bereits geleistete Arbeit für die kommende Regierung und den kommenden Reichstag zu retten.“

Nur noch unangenehme Zwangsgemeinschaft — das läßt erkennen, mit wieviel Liebe die Koalitionsparteien im Bürgerblock noch beieinander wohnen!

Preußen — Hochburg der Republik.

Sozialdemokratische Arbeit in der Verwaltung Preußens.

Der Preußentag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde heute vormittag unter Teilnahme von rund 100 Delegierten der Organisationen im Plenarsaal des Herrenhauses durch eine lange Begrüßungsansprache des Parteivorstehenden, Generalsekretärs

Otto Wets,

eröffnet, in der er zunächst an die Umstände erinnerte, unter denen seinerzeit in Kiel die Abhaltung eines preußischen Parteitages angesetzt wurde. Als der Parteivorstand vor wenigen Wochen den Beschluß faßte, diese Anregung in die Tat umzusetzen, war die neueste Entwicklung im Reiche nicht vorauszu sehen. Auch heute ist noch nicht recht klar, was im Reiche wird. In der Zukunft muß jetzt mit baldigen Wahlen im Reiche gerechnet werden, die dann wohl, ebenso wie in Bayern und in Württemberg, zeitlich mit den Preußenwahlen zusammengelegt würden. Möge unser Preußentag dazu beitragen, die Sache der Sozialdemokratie sowohl in Preußen wie im Reiche zu fördern!

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhält sodann das Wort der preussische Innenminister,

Genosse Grzesinski,

zu einem Vortrag über die Auflösung der Gutsbezirke und über Verwaltung und Personalpolitik in Preußen.

Im ersten Teil seines Vortrages legt Genosse Grzesinski dar, daß die Gutsbezirke, vor allem in Ostpreußen, der

prägnanteste Ausdruck für die im alten Preußen herrschende Machtverteilung,

Ueberbleibsel aus der Feudalzeit seien, keine Standesherrschaften, in denen der Gutsbesitzer alle, die Einwohner keine Rechte besäßen. Die Auflösung der Gutsbezirke gibt 1 1/2 Millionen preussischen Einwohnern, die in den 1927 noch existierenden 12 000 Gutsbezirken wohnen, das ihnen bisher nicht zustehende kommunale Wahl- und Bestimmungsrecht. Durch die Auflösung der Gutsbezirke wird der junkerlich-preussischen Reaktion eine gewichtige Waffe aus der Hand geschlagen.

Auf den zweiten Teil seines Referates, Verwaltung und Personalpolitik, übergehend, führte Grzesinski aus, daß es ihm hier nur darauf ankomme, die wichtige Rolle aufzuweisen, die gerade im parlamentarisch-demokratisch regierten Staat der Verwaltungsapparat habe. Erst die Beherrschung der Verwaltung sichere politischen Machtanstreben. Im alten Staat sei die preussische Beamtenhierarchie allein hervorgegangen aus Kreisen mit konservativer und königstreuer Gesinnung. Die höhere Beamtenhierarchie habe sich ausschließlich rekrutiert aus der Schicht der Adligen und der Konserwativen. Dadurch wäre der Verwaltungsapparat fest in der Hand der Junker gewesen, die so den Staat beherrschten hätten. Auch nach 1918 mußte der Verwaltungsapparat im großen und ganzen unverändert in die Republik übernommen werden, da ein Ersatz der vielen Tausenden eingearbeiteten und vorgebildeten Beamten durch Anhänger des neuen Staates nicht möglich gewesen wäre. So sei der Zustand entstanden, daß zwischen der Spitze der Verwaltung — dem sozialdemokratischen Minister — und der Mehrheit der Verwaltungsbeamtenschaft ein Gegensatz entstanden sei, der sich überall ausgewirkt hätte. Die daraus entstehenden Gegensätze hätten

erst im harten Kampfe gebrochen werden können.

Soll der neue Staat, die Republik in der Verwaltung sich durchsetzen, soll wirklich alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen, dann mußte auch die Exekutive, die Verwaltung, erheblich umgestaltet werden. Das Ringen um diese Umgestaltung sei heute noch im vollen Gange.

Durch das Neben- und Durcheinander von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sei der Ruf nach dem Einheitsstaat zu erklären. Aber es sei falsch, nun etwas zu glauben, daß der Einheitsstaat eine Vereinfachung und Bereinfachung der Verwaltung herbeiführen würde. Der Referent forderte ge-

Krank aus der Haft entlassen.

Die Nordanklage wird nicht aufrechterhalten.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung des Krank-Prozesses stellte Rechtsanwalt Dr. Frey den Antrag, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen, da von einem hinreichenden Verdacht des gemeinschaftlichen Mordes überhaupt keine Rede sein könne.

Die Staatsanwaltschaft gab darauf die Erklärung ab, daß sie nicht einsehe, daß der Angeklagte frei oder drei Tage vor der Urteilsfällung aus der Haft entlassen werden soll. Der Staatsanwalt gab ferner die Erklärung ab, daß die Anklage wegen Mordes allerdings nicht aufrechterhalten werde, wohl aber wegen gemeinschaftlichen Totschlages.

Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht die Haftentlassung des Angeklagten Paul Krank, da ein hinreichender Mordverdacht nicht vorliege.

(Bericht siehe 2. Seite.)

nächst eine Vereinfachung der Verwaltung in den Ländern und eine

Befestigung der Ein- und Erbschaften,

eine sogenannte Flurbereinigung, bei der das Reich führend vorgehen müsse. Scharf wandte er sich gegen die Forderung der „Zerschlagung Preußens“, das drei Fünftel des Deutschen Reiches an Bevölkerung und Flächeninhalt zähle, und dessen Zerschlagung nur die Zerschlagung eines schon bestehenden Einheitsstaates bedeuten würde. Grzesinski wies darauf hin, daß heute vielfach der Einheitsstaat gefordert würde von Personen und Organisationen, die damit nur das unbehagliche republikanische Preußen zu befestigen hofften.

Genosse Grzesinski führte aus, daß es heute gelte, der Sozialdemokratie in der preussischen Verwaltung gemäß ihrer Siedle eine Position zu sichern. Es müsse gefordert werden, daß alle leitenden und politisch einflußreichen Stellen in der Verwaltung nur mit überzeugten Anhängern des neuen Staates besetzt würden.

Grzesinski führte dann über die Zusammensetzung der politischen Beamten aus, daß das in der Vorkriegszeit herrschende Übergewicht des Adels heute natürlich gebrochen sei. Von den 12 Oberpräsidenten gehören 4 der SPD, 3 dem Zentrum, 2 den Demokraten und 2 der Deutschen Volkspartei an. Von den 32 Regierungspräsidenten sind 8 SPD, 7 Zentrum, 8 Demokraten, die übrigen Deutsche Volkspartei oder bei keiner Partei. Von den 30 Polizeipräsidenten sind 15 SPD, 5 Zentrum, 4 Demokraten, 3 Deutsche Volkspartei, 3 keiner Partei. Von den 416 Landräten sind 35 SPD, 47 Demokraten, 81 Zentrum, 74 Deutsche Volkspartei, 2 deutschnational und 153 parteilos. Das wichtigste Exekutivorgan der Polizei sei heute eine starke republikanische Macht, die absolut zuverlässig sei. Das Polizeioffizierskorps ergänze sich heute aus den Wachtmeistern. Von den 2381 Polizeioffizieren seien 689 gleich 29 Proz. frühere aktive Offiziere, 387 gleich 16 Proz. frühere Reserveoffiziere, 416 gleich 18 Proz. frühere obere Polizeibeamte, 589 gleich 25 Proz. frühere Unteroffiziere, 300 gleich 12 Proz. Volks- und Mittelschüler und Schüler höherer Lehranstalten. Diese Angaben beweisen, daß seit dem Jahre 1918 gerade in Preußen dadurch, daß hier eigentlich eine ständige republikanische Richtung innegehalten wurde, auf dem Gebiete der Personalpolitik ein gutes Stück Arbeit geschafft worden sei.

Der bisher in Preußen geführte Kurs, der wesentlich dadurch bestimmt war, daß fast ununterbrochen seit 1918 das Innenministerium in der Hand der Sozialdemokratie gewesen sei, könne nur dann weiter innegehalten werden, wenn alle dafür sorgten,

daß der nächste Wahlausfall eine Regierung in Preußen ohne die Sozialdemokratie weiter unmöglich mache.

Würde für dieses Ziel alle Kraft eingesetzt, dann sei der beste Boden für eine Fortsetzung energischer demokratischer und sozialer Verwaltungs- und Personalpolitik im neuen Preußen bereitet.

(Beifall)

In der Diskussion spricht zunächst Genosse Kadloff-Hannover. Die von Grzesinski angeführten Zahlen sprechen weit mehr zugunsten des Zentrums, als zugunsten der Sozialdemokratie. Im Oberpräsidium von Hannover sitzen nur zwei Sozialdemokraten: der Oberpräsident und der — Altkenner (Heiterkeit). Der Landkreis Hannover hat 67 Proz. sozialdemokratische Stimmen aufzuweisen. Trotzdem sitzt dort der deutschnationale Landrat Graf Wedel, gegen den unsere Parlamentstraktionen mehrfach Stellung genommen haben. Volksschüler können heute nicht mehr unter Beamtenstellen erhalten, für mittlere Beamtenstellen wird das Disziplinentarverfahren gefordert. Dem muß Abhilfe geschaffen werden, entsprechend der Parole: „Freie Bahn dem Lichtigen!“

Janolla-Oberlesien: Es wäre ein Illusion, zu glauben, daß sich der Großgrundbesitz mit der Aufgabe der Aufsicht der Gutsbezirke abgefunden hat. Wir dürfen uns nicht auf die gesetzgeberische Tatsache der Auflösung verlassen. Auf privatrechtlichem Wege werde die Reaktion um ihre Ansprüche hartnäckig kämpfen. Es muß verhindert werden, daß die ehemaligen Gutsbesitzer als Gemeindevorsteher neue Macht gewinnen und das Aufkommen leistungsfähiger neuer Gemeinden verhindern. (Bravo.)

Schulz-Königsberg: Die Auflösung der Gutsbezirke ist auf dem flachen Lande allgemein begrüßt worden. In Ostpreußen gab es von 8000 Ortschaften 2500 Gutsbezirke. Redner kritisierte scharf das Verhalten der rechtsgerichteten höheren Beamten in Ostpreußen.

Deutsch-Deutscher i. S. d. L.: Eine richtige Ausnutzung der Auflösung der Gutsbezirke durch die Parteilagitation wird uns eine Anzahl von neuen Mitgliedern und Wählern einbringen.

In einem Schlusswort führt Genosse Grzesinski aus, zweifellos sind bei den Entscheidungen über die Durchführung der Auflösung von 12 000 Gutsbezirken eine Unmenge von Missetatigkeiten und Fehlentscheidungen vorkommen, die zu forrieren die Aufgabe der höheren Verwaltungsstellen sein wird, die den Weisungen des Ministers unterstehen.

Was die Kritiken an der Personalpolitik betrifft, so haben sich in manchen Fällen in den Jahren 1919 und 1920, als die Möglichkeit dazu gegeben war, unsere Parteigenossen für die Beibehaltung gewisser Beamten aus der alten Zeit selbst eingesetzt, über die sie sich heute beklagen. Es kommt darauf an, daß auf verantwortliche Beamtenstellen Leute kommen, die imstande sind, sich selbständig zu behaupten und die nicht sofort in die Abhängigkeit der Bureaukraten geraten. Als Sachbearbeiter müssen wir schon vorgeliebte Leute nehmen und können keine „Kuhenscherer“ gebrauchen. Dagegen für politische Beamtenstellen können wir auf „Kuhenscherer“ zurückgreifen. Es muß aber auch für den republikanischen Beamtenwachstums gefordert werden. (Bravo.)

Hessens neuer Staatspräsident.

Darmstadt, 14. Februar.

In der heutigen Landtagsstimmung wurde der Bürgermeister Adolph Rainz (Soz.) mit 42 Stimmen bei 19 Enthaltungen zum hessischen Staatspräsidenten gewählt. Gegen die Wahl stimmten die 5 Kommunisten. 2 Stimmen waren zerplittert.

Ein korrupter Präsident.

Harding — von Deskapitalisten bestochen.

Seit Jahren schwebt vor einem Ausschuss des amerikanischen Senats die Untersuchung des Teapot-Standals. Teapot ist ein reiches Petroleumgebiet im Westen der Vereinigten Staaten. Es gehörte dem Staat und wurde vom Marineminister verwaltet. Harding trat 1920 das Präsidentenamt an. Bald übertrug sein Marineminister Denby die Verwaltung des Petroleumgebietes der Nation auf seine Kollegen, den Justizminister Daugherty und den Innenminister Fall. Diese beiden verkauften ihn alsbald gegen billiges Geld an eine Continental Trading Co. Hinter der aber steckten die Petroleumspekulanten Sinclair und Doherty. Die drei Minister Hardings hatten sich mit Hunderttausenden von Dollars bestochen lassen. Ihr Verbrechen wurde aufgedeckt, sie mußten zurücktreten. Der seitdem verstorbene Präsident selbst wurde bis jetzt in die Untersuchung nicht hineingezogen.

Die öffentlichen Vernehmungen des Ausschusses hatten in den letzten Jahren nicht allzu viel Erfolg gehabt — entzogen sich doch viele der Beteiligten der Zeugnisaussage durch die Flucht nach Kanada oder Europa, wie das Upton Sinclair in seinem Roman „Petroleum“ so anschaulich geschildert hat. Jetzt aber hat einer der vom Senat angestellten Sachverständigen längst geahnte, weiter zurückliegende Zusammenhänge aufgedeckt. 25 000 Dollar Freiheitsanleihe sind von der Continental Trading Co. der Deskapitalisten in dem Wahlfonds der republikanischen Partei übergegangen.

Amlich werden damit Voraussetzungen amerikanischer Zeitungen bestätigt, die bereits vor einigen Monaten ankündigten: Harding und seine Freunde haben auf dem republikanischen Nationalkongress, der ihn als Kandidaten aufstellte, von den Deskapitalisten die nötigen Mittel bekommen. Allein die Harding-Gruppe war in der Lage, genügend Stimmen zusammenzubekommen. Die Verschönerung des staatlichen Petroleumbesitzes ist die Rückzahlung gewesen für den Vorstoß, den die Petroleumhändler für den Wahlkampf vorgestreckt haben. Minister und Präsident eines Hundertmillionen-Volkes sind Werkzeuge kapitalistischer Schieber gewesen.

Die Sowjetunion anerkennt 20 Prozent.

Bereitschaft zu 62 Jahresleistungen an Frankreich — gegen Kredite.

Paris, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende der französisch-russischen Konferenz, Senator de Monzie, äußerte sich über den Stand der französisch-russischen Schuldenverhandlungen. Aus der letzten Note der Sowjetregierung gehe hervor, daß sie bereit sei, Frankreich 62 Jahresleistungen von je 60 Millionen Goldfranken zu bezahlen. Das Angebot entspreche etwa 20 Prozent der russischen Verbindlichkeiten. Dieser Prozentsatz könnte noch erhöht werden, wenn man die von Spekulanten erworbenen russischen Wertpapiere von dem Zinsendienst ausnehmen würde.

De Monzie gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Sowjetrußland trotz seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Annuitäten leisten könnte. Hinsichtlich der russischen Forderung nach der Gewährung von Krediten, die als Vorbedingung für die Wiederaufnahme des Schuldendienstes gelten sollen, erklärte de Monzie, daß es sich nur um industrielle und kommerzielle Darlehen handele. Die Kredite sollten durch Lieferungsverträge vor allem auf Petroleum garantiert werden und nicht durch KonzeSSIONen, deren Betriebe vor dem Kriege französisch oder anderen ausländischen Gesellschaften gehört haben.

Falsche Perlen, echte Polster.

Als bei der letzten Völkerversammlung die Presse etwas von der Eleganz der schönen Frau Lunatscharski erwähnte, setzte sich der sowjetrussische Dementierapparat knatternd in Bewegung: die prachtvolle Perlenkette — Simili, der schmiegsame Pelz — Imitation, das elegante Abendkleid — von der Stange gekauft, die Seidenstrümpfe — Bemberg! Kurz und gut, es fehlte nicht viel, und Herr Lunatscharski hätte im omulischen Uebereifer an seiner Gattin ähnlich gehandelt, wie im „Räthchen von Heilbrunn“ Graf Wetter v. Strahl an der schönen Kunigunde, als er diese „moaische Arbeit, aus allen drei Reichen der Natur zusammengesetzt“ samt solchen Zähnen, unechten Haaren und schiefen Hüften dem Hohn des Parterres preisgab. Immerhin, was Herr Lunatscharski fand tat, genigte, um uns ein rührendes Bild der proletarischen Einfachheit seiner schönen Frau zu geben, die man sich seitdem nicht anders als in flanelletem Unterzeug vorstellen kann.

Aber nun ist Trotski auf seiner Verbannungsreise in Frunse angelangt. Wieder spielt der russische amtliche Nachrichtendienst: hört — auf welchem Polster hat der schleimende Bourgeois gekostet! (Lunatscharski und Frau reisten selbstverständlich IV. Klasse nach Genf!) Siebzig Gepäckstücke, genau von der GBL nachgezählt, hat er, der immerhin mit seinem Hausrat Uebersiedelnde, mit sich geführt. (Wer hat die Hutschachteln der Frau Lunatscharski kontrolliert?) Was in den 70 Kisten und Koffen war, wird leider der berechtigten Neugier vorenthalten. Am Ende waren in einer Anzahl sogar Bücher! Dafür erfahren wir, daß als 71. Inventarstück ein Hund dabei gewesen ist. Dieser Hund! Und die Bäuerlein sind stehen geblieben und haben gefragt: „Wer ist die Herrschaft?“ (Lunatscharski und Frau werden zweifellos auf Reisen für ein Bauernhep paar gehalten.)

Witunter zeigt ein kleiner Auszug der offiziellen Berichtserstattung mehr vom wahren Charakter einer Herrschaft, als ein dickes Buch. Frau Lunatscharskis proletarische Perlen — Trotskis kapitalistische Wagnispolster, ähnliche Dinge lassen sich eben sehr verschieden deuten. Die offizielle Impresario-Werbung über Trotskis Ankunft in Frunse sollte zweierlei dortun: Erstens, wie gut es doch ein Verbannter hat, zweitens, wach schlammender Spahrit dieser oppositionelle Trotski ist. Aber zupiel Klugheit schlägt mitunter den eigenen Herrn. Selbst ein Mindergelehrter könnte auf die Frage kommen: Wie hat dann erst der noch in Macht und Würden befindliche Trotski gelebt, und wie leben die tatsächlich noch an der Spitze stehenden Sowjetgrößen — von dem angeblichen Höchstgehalt eines Sowjetbeamten = 250 Rubel im Monat?!

Jonathan.

Drei Plakate.

Von Günther Stern, Paris.

Das erste: ordinär, taktlos, politisch unentschuldigbar; eine als Hindenburg gerade noch zu erkennende Fratze (betitelt „le dieu de la guerre“) vor einem Motiv von rotumwölkten Geschühen. Unter: Schrift: „Wenn ihr sozialistisch wählt, wird er die Eroberung des Rheinlandes und den Anschluß Oesterreichs verlangen — ihr wählt dann letzten Endes den Krieg.“

Das heißt: Unter Pazifismus versteckter Aufruf zur starken Faust.

Das zweite Plakat: Reklame für den Eintritt ins Kolonialheer: im felschen Kakt ein Kolonialsoldat; links von ihm eine knausrige Braune, ihm zu Füßen liegend; eine Gese beherbergt zwei charmante Chinesinnen, die — als Vertreterinnen des französischen Protektionsgebietes im Osten — der Braunen Konkurrenz zu machen versuchen. In einer anderen Ecke zwei säkstragende Kulis, die als Diener der grande nation einem kleinen Cäsar das Behen ersparen.

Das heißt: Unter Haremsoverredungen versteckte Werbung zum Wüstenland.

Das dritte Plakat: eine Reihe von sieben verbeulten, zerlegten, blutigen, profillosen, irgendeiner Materie: Teig, Vorker oder rissigem Leder ähnelnden Gesichtern; ein Bild, das unter dem Motto: „pour la paix au monde“ brutal, aber photographisch nüchtern den wahrhaft friedensfördernden Kriegssittin „les gueules cassées“ (die zerlegten Gesichter) ankündigt. Die Unterschrift weist nichts von „gloire“ oder von „victoire“, nur von der Unsinnigkeit des in Lehm und Blut erstickten Grabenkrieges und von der gem einjam ein Katastrophe, die den Unterschied zwischen Heben und Brühen völlig gleichgültig mache.

Das heißt: Im Kriegsbild versteckter Aufruf zum Frieden.

Welches Plakat ist nun für das französische Volk am bezeichnendsten? Das erste auf keinen Fall — es darf im Gegenteil als Zeichen einer Angstneurose vor einem Stimmenzuwachs der Linken, als Köderversuch mit den Forderungen der Gegenpartei angesehen werden.

Das zweite mag — im gewissen oberflächlichen Sinne — typisch französisch sein. Eine derart „naoite“ Reklame für die Armee würde vielleicht wirklich kein anderer Staat wagen.

Das dritte aber entspricht der Mehrheit des französischen Volkes, das nicht nur Kriegsmüde, sondern nicht weniger friebliebend als die Mehrheit des deutschen Volkes ist. Wer der Vorführung des Films beimohnte, hat kein Pfeifen oder Lachen angesichts der Photographien von deutschen Mißersolgen oder deutschen Gefangenen gehört — wohl aber das hemmungslose Schluchzen der Frauen und das zu tiefst erschredete „pourquoi?“ (warum) der Nachkriegskinder, die jetzt erst ahnen lernten, in welcher Hölle vor zehn Jahren Väter und Brüder geblieben sind.

Little Tich. „Little Tich“, der weltbekannte, zwerghaft kleine Komiker und Grotesktänzer der internationalen Varietébühne, der Millionen Menschen lachen gemacht hat, ist sechzig Jahre alt in London gestorben, wohin er schwerkrank aus Paris gebracht worden war. Sein Name ruft die Erinnerung an beispiellose Erfolge zurück, die ihm sein ganzes Leben lang treu geblieben sind. Diese Laufbahn war um so bemerkenswerter, als „Little Tich“ eine körperliche Abnormität darstellte. Hatte er doch nicht nur sechs Zehen an jedem Fuß, sondern auch neben dem Daumen fünf Finger an jeder Hand, was ihn veranlaßte, sich stets in Handschuhen zu zeigen. Sein Auftreten war von unwiderstehlicher, drastischer Komik und machte Little Tich zu einem wahren Künstler in dem engebegrenzten Kreis seines auf Selang und Tanz beschränkten Genres. Die Eigenartigkeit dieser Darstellung um dem Felde des Grotesktanzes, des Couplets und der akrobatischen Schmarze wurde vor allem in Frankreich geschätzt und machte ihn zum beliebtesten aller Varietekarlisten. Das bewiesen die Gagen, die der Künstler einbrachte. Erhielt er doch für eine Tournee nach Südafrika eine Wochengage von 500 Pfund Sterling; Gagen von 400 Pfund je Woche bildeten die Regel. Das waren um die Jahrhundertwende Summen, die für Varietekarlisten unerhörte waren. Wie sehr man ihn in Frankreich schätzte, geht zur Genüge auch daraus hervor, daß ihm der französische Unterrichtsminister die Palmen des Akademikers verlieh, eine Ehrgung, die bis dahin einem Künstler noch nie widerfahren war. Und Sacha Guitry, der berühmte französische Schauspieler, trug kein Bedenken, auf die Frage, wen er für den größten englischen Schauspieler halte, ohne Schwanken den Namen Little Tich zu nennen. Er hieß mit seinem bürgerlichen Namen Harry Kelp und trat als Reperforiker zuerst in Londoner Spekulen auf, um dann im Jahre 1884 den Sprung auf das Brett des Londoner Varietés zu wagen, wo er rasch zur Berühmtheit gelangte. Little Tich hatte sich daneben eine gute Bildung angeeignet und erwies sich als ausgezeichneter Cellist.

Eine kleine Anstache an Piscator. Herr Hans W. Redning schreibt uns: In der Piscator-Bühne hatten sich am Sonnabend um die Gesterstunde einige Künstler und Freunde zusammengetan, um dem Freunde und Kämpfer Leon Hirsch, der schwer krank im Lande Puffolnis weilte, dort einen weiteren Aufenthalt zur Rettung seiner Gesundheit zu ermöglichen. Es wurde ein wertvoller Abend, dem durchsahrende Reklame ein volles Haus hätte verschaffen können. Dennoch war der Reinertrag ein guter.

Leider — und das ist eine sehr betrübliche Feststellung, die kaum glaublich klingt — geht der Löwenanteil aus der Einnahme an Herrn Piscator, der für die Hergabe des Theaters 500 M. verlangte, trotz der guten Sache. Sollte nicht gerade Piscator einmal das „Geschäft“ hintenanstellen können, wo es um einen seiner Gesinnungsreunde geht, noch dazu um Leon Hirsch, den stets Hilfsbereiten, Gesehrenden? — Vielleicht genügt diese Frage, Herr Piscator!

Vorträge. Der Deutsche Bund für Volkswirtschaft und Erdbunde veranstaltet am 18. Februar, 8 Uhr, im Volkswirtschaftsministerium eine Vortragsreihe. Es sprechen: Prof. von Drigalski über Geseberatung, Prof. Ball, Hamburg, über Vererbare Krankheiten. Eintritt unentgeltlich!

Der Detabristenfilm.

Lauenhien-Palast.

Die siegreiche russische Revolution verherrlicht ihre Vorläufer, auch wenn sie nicht gerade auf der Linie des Bolschewismus sich bewegt haben. Man greift bis zu den großen Räuberhauptleuten zurück, die freilich als Volksheben sich in Bed und Sagen behauptet haben. Näher liegen uns schon die Detabristen (Dezemberleute), adlige Offiziere, die nach dem Tode Alexanders I. im Dezember 1825 einen schon vorher geplanten Militärausland ins Werk setzten und einige Regimenter auf ihre Seite brachten. Die Bewegung zielte auf eine konstitutionelle Verfassung nach westeuropäischem Muster; aber der Somkinofilm, der unter der Regie von Kozinsoff und Trauberg entstanden ist, sucht natürlich den Anschluß an die Revolution von heute. Neben die Adelsverschwörung stellt er einen freiheitsdurstigen Leutnant Suchanow, der die Verbindung mit dem einfachen Soldaten herstellt und in deren Geiste wirkt. Der Film ist aus einem Gulle, er gibt wieder prachtvolle Massenszenen, bringt Menschen und Landschaft in wunderbaren Einklang und drückt den Zeitcharakter der Unterdrückung durch den russischen Winter aus, der sich über alles lagert. Senkation und Spannung wird erzielt durch die Einführung eines Abenteuerers Redok, eines Fallschpielers, der die Verschönerungen vertritt und schließlich in Offiziersmaste die bereits Gefangengeleiteten einem sicheren Untergang zuführen will. Seine Weibschast mit einer Generalsfrau bringt weitere Theatereffekte in das Spiel, dazu kommen Bilder vom Spieltisch, vom Leben und Treiben auf der Casarena und viel anderes kulturhistorisches Beiwerk. Vor allem aber packen die Revolutionsszenen: der tragische Irrtum der von Menschenbeglückung schwärmenden Offiziere, die von Karärischen niedergestreckt werden. Romantisch ist die von dem auf abenteuerliche Weise geretteten Suchanow (Zirkusmusiker!) inszenierte Rettungsaktion, die wirklich die Gefangenen durch einen unterirdischen Gang in eine sabelhaft gelichene Kirche und dank der Passiolität der Soldaten ins Freie bringt. Suchanow — von Peter Sobolewski mit Mut und List erfüllt — wird freilich ein Opfer seiner Tat.

Diesem historischen Film, der freilich in diesem jede unhistorisch ist, ging ein lustiger ungarischer Spielfilm voraus: „Man steigt nach.“ Darin herrscht ein beispielloses Durcheinander von Liebespaaren, die alle in dasselbe Zimmer und zum Teil in denselben Schrank bugsiert werden. Die komischen Situationen werden von Ernst Rehnert mit einem Aufgebot guter Darsteller weidlich für die Lachmuskeln ausgenutzt.

Die Voreisenfahrt in Kopenhagen, die im nächsten Jahre auf ein 1.000tägiges Begehen zurückzuführen kann, wird vom 17. Februar bis 11. März im Berliner Kunstgewerdemuseum einen Ueberblick über die Entwicklung des Unternehmens durch authentisch hundert Jahre geben.

Kunstgenie. Die Galerie Otto Wader, Berlin (Wilhelmstr. 12), bringt im Februar eine Kollektiv-Ausstellung von Max Neumann.

Veröffentlichung. In der Kritik über „Der geköpfte Mensch“ muß es heißen: „Schädeln! läßt sie Worte, Elben aneinanderreiben“ (Nicht, wie gedruckt wurde, Säge, Säben.)

Die Esternausfagen im Krank-Prozess.

Der Zusammenbruch der Mordanklage. — Mutter Krank und Vater Scheller.

Der heutige Tag brachte die Wendung. Die Verhandlungspause scheint erquickend gewirkt zu haben. Das Eis der Anklage ist gebrochen. Die Staatsanwaltschaft befindet sich im Rückzug. „Nur noch gemeinschaftlicher Totschlag,“ sagt sie. Der Haftbefehl wird aufgehoben. Der Angeklagte kann seine Freude kaum verbergen. Die Mutter ist nahe daran, umzufallen. Nun darf sie ihren Jungen wieder bei sich haben! Woher die plötzliche Umstellung der Staatsanwaltschaft? War es der Sturm der öffentlichen Meinung gegen das Ungerechtfertigte, das Ungeheuerliche des Eröffnungsbeschlusses auf Mord, der das Wunder bewirkt hatte? Oder war es die endgültig erschütterte Glaubwürdigkeit der Kronzeugin? Oder ein Wink von oben mit dem Zaunpfahl? Schließlich, was kommt es darauf an! Bis zum Freispruch ist jetzt nur ein kleiner Schritt. Nun ist das Ende der Verhandlung vorauszu sehen. Es ist näher als man gedacht. Von den Zeugen der Verteidigung dürften nicht alle vernommen werden. . . Endlich treten die Eltern vor den Richtertisch. Die Mutter von Krank liebt ihren Sohn sehr! Sie kann nicht alles sagen, was auf den Jungen im Hause eingestürzt ist; es ist ihr peinlich. Es ging nicht immer alles glatt in der Familie. Der nervengerrüttende Krieg hat auch ihren Mann stark mitgenommen. Sie, die Mutter, mußte ausgleichend wirken. Sie fühlt auch eine gewisse Mitschuld an dem, was geschehen ist! Der Vater Scheller! Ein besorgter, nachsichtiger und kurzschichtiger Vater. Er gibt seinen Jungen zuerst in die Privatschule, dann in die entstandene Gemeinschaftsschule von Dahlem. Er will das Beste für ihn; er verwechselt aber das unbeaufsichtigte Tun und Treiben junger Leute mit Erziehung zur Selbstständigkeit durch Vermeidung überflüssigen Zwanges. Er vertraute seinem Sohne zuviel und griff auch dann nicht ein und durch, wenn dieser gegen seine Anordnungen verstieß. Man erhält traurige Einblicke in das Pennälermilieu. Paul hatte seinen ersten Rausch bei dem Feste anlässlich der Einjährigprüfung. Ueber dieses Milieu, das Menschen nicht höher züchtet, sondern gute Charaktere verdirbt, wird noch manches zu sagen sein. Paul Krank ist ein Opfer dieses Milieus geworden. . .

Das Interesse und der Andrang zu der Verhandlung des Krank-Prozesses, der heute nach zweitägiger Pause wieder aufgenommen wurde, scheint noch zu wachsen. Noch größere Scharen von Menschen drängten sich vor dem Gerichtsgebäude in der Morgenfrühe zur Kartenausgabe, und auch auf den Korridoren, die zum Schwurgerichtssaal führen, herrscht ein dichtes Gedränge. Der Angeklagte Paul Krank erschien etwas blässer als am ersten Tage, sah aber sonst recht gut aus und unterhielt sich vor dem Sitzungsbeginn längere Zeit mit seinem Verteidiger, mit dem er sich über die weitere Fortführung des Entlassungsbewehs lebhaft besprach. Die Eröffnung der Sitzung verzögerte sich heute ganz erheblich, man brachte den verspäteten Verhandlungsbeginn in Zusammenhang mit den in den letzten Tagen in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit gegen die Projektführung erhobenen Einwendungen und erwartete allgemein, daß eine Stellungnahme des Gerichts dazu erfolgen würde. Landgerichtsdirektor Dr. Duff eröffnete die Sitzung jedoch kurz nach 10 Uhr, ohne jede weitere Erklärung mit dem Zeugenaufruf. Unter den Zeugen befindet sich heute auch die jüngere Schwester von Hilde Scheller, die 8jährige Elli.

Erklärung des Verteidigers.

Rechtsanwalt Dr. Frey erbat dann das Wort zu folgender Erklärung: Ich fühle mich zu der Mitteilung an das Gericht und die Staatsanwaltschaft verpflichtet, daß ich 18 Zeugen direkt geladen habe. Es handelt sich hierbei um die von mir schon am letzten Sonnabend gestellten Beweisanträge; dabei habe ich von den Zeugen Abstand genommen, die Aussagen in bezug auf Hilde Scheller machen sollen, da nach Ansicht des Gerichtes dieser Punkt nicht mehr von wesentlicher Bedeutung erscheint. Dagegen habe ich eine Reihe von Leumundzeugen für den Angeklagten Krank geladen. Vorj.: Das sind wohl die Zeugen, die das Gericht abgelehnt hat, weil sie teils Beurteilungen vornehmen sollten, teils weil die von ihnen zu belegenden Tatsachen als wahr unterstellt worden sind. Rechtsanwalt Dr. Frey: Oder weil das Gericht die Aussagen für unerheblich hielt. Landgerichtsdirektor Dr. Duff: Ja, für völlig unerheblich, Herr Verteidiger! Ich glaube, daß diese Beweisanträge nach Auffassung des Gerichtes kaum notwendig sind. Es hat schon eine allgemeine Aussprache beim Gericht stattgefunden, und der allgemeine

noch für das Gericht — für die Verteidigung war das selbstverständlich. Die Verteidigung steht aber auch auf dem Standpunkt, daß für einen Verdacht eines gemeinschaftlichen Totschlages kein hinreichender Anhalt vorliegt, ohne einer Stellungnahme des Gerichts vorzugreifen, möchte ich jetzt daher den Antrag stellen, zu beschließen, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Ich bitte zu bedenken, daß der Angeklagte Krank seit dem 28. Juli 1927 sich in Untersuchungshaft befindet.

Erster Staatsanwalt Steinbeck: Ich kann nicht einsehen, weshalb der Angeklagte jetzt schon, zwei oder drei Tage vor der Urteilsfällung, aus der Haft entlassen werden sollte, solange könnte er immerhin noch ausharren. Wir verhindern damit eine Stellung-



Die Mutter des Angeklagten, Frau Krank.

nahme des Gerichtes vor dem Urteil. Ich kann dem Herrn Verteidiger aber erklären, daß ich die Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes nicht mehr aufrechterhalte. (Allgemeine große Bewegung im ganzen Saale.) Wohl aber halte ich eine Anklage wegen gemeinschaftlichen Totschlages aufrecht, und nach dieser Richtung hin liegt ein sehr schwerer Verdacht vor. Da es sich auch in diesem Falle um ein außerordentlich schweres Verbrechen handelt, beantrage ich, den Haftentlassungsantrag der Verteidigung abzulehnen.

Das Gericht zog sich darauf zu einer Beratung zurück, die nur wenige Minuten dauerte. Alsdann verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Duff unter lautloser Stille und allgemeiner Spannung als Gerichtsbeschluss:

„Der Haftbefehl gegen den Angeklagten Paul Krank wird aufgehoben, da er nicht mehr fluchtverdächtig ist.“ (Erneute andauernde Bewegung im ganzen Saale.)

Als der Angeklagte Krank nunmehr beglückt Anstalten macht, die Anklagebank zu verlassen, sagt der Vorsitzende freundlich zu ihm: „Ich bitte, daß Sie auch als freier Mann in der Anklagebank bleiben. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob die Anklagebank ein Schandmal ist. Nur das Urteil stempelt den Beschuldigten und nicht der Platz, auf dem man sitzt.“ — Der Angeklagte erklärte sich auch ohne weiteres einverstanden, seinen bisherigen Platz beizubehalten.

Die Mutter über den Sohn.

Dann kommt die Mutter des Angeklagten zum Wort. Von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht, auf das sie der Vorsitzende aufmerksam macht, macht sie keinen Gebrauch. Frau Krank: Mein Sohn war immer ein lieber, guter Junge, aber sehr weich. Als Mutter verlor ich deshalb nach Möglichkeit, diese Seite seines Charakters zu mildern. Ich hatte aber wenig Erfolg damit, deshalb ging ich auf seinen Charakter ein, da ich mir sagte, daß ein weich veranlagter Junge schwerer durchs Leben kommt als ein härterer. Deshalb erteilte ich ihm öfters Berweise und sprach ihm gut zu. Paul war immer fleißig und machte mir nie Kummer, bis er den dummen Streich machte, auszukneifen. Ich habe den Sohn mit in die Ehe gebracht, und deshalb hatte er mich in erster Linie lieb, und ich fühlte doppelt die Pflicht, mich um ihn in jeder Weise zu kümmern. Meine Kinder behandelte ich zwar alle gleich, aber ich hatte doch, da Paul gerade mir die Erziehung erschwerte, ihn am allerliebsten.

Vorj.: Welche Neigungen zeigte nun Ihr Sohn?

Frau Krank: Er hatte große Neigung zum Lesen und hat schon früh angefangen zu schriftstellern. Wenn er sich Geld durch Nachhilfestunden verdient hatte, so war es sein Erstes, mir eine Kleinigkeit zu bringen.

Vorj.: Hatte er auch häßliche Neigungen?

Frau Krank: Er hat gern Zigaretten geraucht und hat später auch gern einmal getrunken. Den ersten Rausch hatte er, als nach der Verlesung nach Obersekunda eine Schülerkneipe stattfand.

Vorj.: Hat sich Ihr Mann auch an der Erziehung beteiligt?

Frau Krank: Sämtlich. Ich merkte dann mit der Zeit, daß der Einfluß von Freunden auf ihn schlecht wirkte. Durch Ermahnungen habe ich versucht, diesem schlechten Eindruck zu begegnen.

Vorj.: Sie haben ihm aber doch die Erlaubnis gegeben, nach Wahlow überzusiedeln, wodurch Sie zugelassen haben, daß er sich der Freundschaft mit Günther Scheller immer mehr in die Arme warf.

Frau Krank: Er hat mich gebeten, daß er nach Wahlow gehen durfte. Zunächst habe ich das energisch verboten, weil er noch zu jung war, um längere Zeit uns aus den Augen zu kommen.

Vorj.: Weshalb haben Sie schließlich ihm doch gestattet, nach Wahlow zu gehen? — Frau Krank: Den Günther kannte ich zuerst nicht, und ich habe auch, sowie insbesondere mein Mann, mit allen Mitteln versucht, diesen Verkehr zu unterbinden. Günther hat aber immer gebeten, ich möchte ihn doch noch eine Woche da lassen. Ich sagte zuletzt: Das gibt es nicht.

Es wird noch ein großes Unglück geschehen, wenn ich das weiter gestatten würde.

Der Aufforderung gemäß kam auch Paul am Montag zurück. Leider war ich in diesem Augenblick nicht zu Hause, und so ging er wieder fort. Sonst hätte ich ihn festgehalten. So geschah das Unglück.

Die Sachverständigen hatten noch eine Reihe von Fragen an Frau Krank zu richten. Auf eine Frage von Sanitätsrat Dr.

Hirschfeld erwiderte die Zeugin, daß ihr Kind häufig krank war und viele Kinderkrankheiten durchgemacht hat und bis zum 14. Jahre öfter Ohnmachtsanfälle hatte. — Oberstudiendirektor Dr. Goldbeck: Er ist wohl auch ein klein wenig als Wunderknecht behandelt worden? — Zeugin: Ja, von den Großeltern. Mit zwei Jahren konnte er schon den Struwwelpeter auswendig herjagen. — Vorj.: Es ist also der Geist des Kindes schon frühzeitig beschäftigt worden? — Zeugin: Ja, schon mit drei Jahren haben die Großeltern ihn in die Kirche mitgenommen, und nachher mußte er sich auf eine Tuschbant stellen und hat vor allen Leuten Predigten gehalten. — Vorj.: Dieser Nachahmungstrieb zeigt sich ja oft bei Kindern. Man hat wohl viel Wesen daraus gemacht? — Zeugin: Alle Verwandten und Bekannten riefen:

„Paulchen wird noch mal ein großer Mann.“ (Allgemeine Heiterkeit.)

Sanitätsrat Dr. Hirschfeld (zur Zeugin): Haben Sie selbst auch an Selbstmordgedanken gelitten? Sie sind ja dem Jungen sehr ähnlich im Wesen, und es kommt mir darauf an, festzustellen, wie er von mütterlicher Seite belastet ist. — Zeugin: Ich habe sehr viel Selbstmordgedanken gehabt und an Weilschmerz gelitten. — Oberstudiendirektor Dr. Goldbeck: Sie haben Ihrem Sohn in das Stammbuch geschrieben: „Wenn alle Menschen dich verlassen, denn Mutter verläßt dich nicht.“ Hatte das eine besondere Bedeutung? — Zeugin: Ich hatte diese Situation, in der er sich jetzt befindet, damals schon vor Augen gehabt. Als er einen Revolver hatte warnte ich ihn vor den Folgen, daß er schließlich mal mit einem anderen Jungen in eine Schießerei hineinkommen könnte, und daß an ihm etwas haften bleiben könnte. Auf weitere Fragen erklärt die Zeugin: Mein Sohn war

als Kind sehr ängstlich.

Er war in der körperlichen Entwicklung sehr zurückgeblieben. Er hat auch mit fast 19 Jahren keinen Bartwuchs. — Dr. Frey: Frau Krank, Sie sprachen vorher von dem ungünstigen Einfluß von Wahlow. Hilde Scheller will ich weglassen. Haben Sie Beobachtungen über den ungünstigen Einfluß von Günther Scheller auf ihn gemacht? War er in seinem Wesen zuletzt noch sprunghaft und unfonzentrierter geworden?

Die Zeugin beantwortet diese Fragen mit: Ja. — Vorj.: Herr Verteidiger, lassen Sie die Zeugin doch selbst sprechen. Da „Ja“ hat wenig Wert auf die Fragen, die Sie ihr vorlegen. Frau Krank, sprechen Sie lieber selbst, was Sie wahrgenommen haben.

Zeugin: Er war unpünktlich und zerstreut. — Als nächste Zeuge soll der Kaufmann Otto Scheller vernommen werden. Der Vorsitzende fragte vorher, ob dessen Vernehmung sich nicht erübrige. Die Verteidigung hat kein Interesse an dieser Vernehmung, jedoch besteht der Staatsanwalt darauf, im Interesse von Günther Scheller.

Der Zeuge Otto Scheller.

ein Mann von 46 Jahren, wird darauf als Zeuge vernommen. Vorj.: Woher kennen Sie den Angeklagten? — Zeuge Scheller: Ich lernte ihn auf unserem Grundstück in Wahlow kennen. Er wurde mit meinem Sohn bekannt. Als meine achtjährige Tochter Elli Keuschhusten bekam und meine Frau mit ihr an die Ostsee fuhr kam Günther eines Tages und sagte mir, er habe einen Freund namens Paul Krank und möchte mit ihm nach Wahlow fahren um dort zusammen hausen zu können. Ich hatte nichts dagegen warnte die Jungen nur vor Dummheiten. Ich hatte mir gedacht, daß solche Jungen, die unter dem Schulzwang stehen, das Leben teuerliche lieben und einmal frei für sich leben wollen. Daher ließ ich sie hinausziehen. Sie wohnten in einer Kammer im Nebengebäude und besorgten sich das Essen selbst. Von Wahlow aus gingen sie auch in die Schule. Nach 14 Tagen zog ich mit Hilde und dem Mädchen auch hinaus. Da habe ich erst Paul Krank näher kennengelernt. Wir haben gemeinschaftlich draußen gelebt. Ich habe die beiden Jungen gewöhnen lassen. Mein Sohn schilderte mir Krank, daß er viele Gedichte mache. Ich sah auch einige, die recht gut waren. In dem Zusammenleben ist mir nichts aufgefallen, id freute mich aber, als Krank Hilde bei den Schularbeiten half und id eine pädagogische Einwirkung auf sie bemerkte.

Eines Tages fiel mir ein Gedichtbuch von Krank in die Hände. Die Sachen waren ja teilweise ganz nett, aber mir fiel ein erotischer oder schwülstiger Einschlag auf und ich sagte zu Krank: Mein Schindenskind, wo haben Sie das erlernt? Er erwiderte: Das erlerne ich so aus meinem Innern heraus. Daraufhin ermahnte ich Hilde, zurückhaltend zu sein, denn sein Wissen auf diesem Gebiet erschien mir etwas sehr vorgeschritten. Eines Tages traf ich ihn untermutet in der Kammer bei etwas, was wohl bei jedem Jungen



Hilde Scheller auf der Zeugenbank.

vorkommt. Da bekam ich Bedenken und ich sagte ihm, er sei nun 5-6 Wochen draußen und könnte jetzt wieder heimgehen.

Der Angekl. Krank sprang erregt auf und rief: Das ist nicht wahr, das kann ich mir nicht gefallen lassen. Ich bitte, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er unter dem Eide steht.

Vorj.: Wenn Sie weiter derartige Dinge berühren, dann bitte ich, es vorher zu sagen, damit ich in Erwägung ziehe, ob das überhaupt notwendig ist.

Zeuge Scheller: Er wollte dann auch am Dienstag nach Hause gehen, aber Günther und Hilde stellten sich dagegen und da habe ich nachgegeben.

habe ich nachgegeben. — Der Zeuge schilderte dann, daß er auf den Einfall gekommen sei, auf einige Tage auch an die Ostsee zu fahren. Er sei nur drei Tage weg gewesen und dann mit einem



Die beiden Staatsanwälte.

Eindruck des Gerichtes ist, daß wir nur noch Tatzeugen brauchen. Alle Tatzeugen, die herbeigeschafft werden konnten, sind vernommen worden, und es könnte nur noch zur Förderung des Prozesses dienen, wenn noch weitere Tatzeugen aufgeführt werden könnten, was aber doch nach Lage der Dinge unmöglich zu sein scheint. Auf alle anderen Dinge legt das Gericht keinen Wert. Herr Verteidiger, ich spreche die Auffassung des Gerichtes aus, wenn ich sage: Sie brauchen nicht so ängstlich sein! (Große Bewegung.)

Rechtsanwalt Dr. Frey: Ist jetzt die rechtliche Grundlage gegeben, um einen Haftentlassungsantrag für den Angeklagten Krank zu stellen? (Erneute große Bewegung.) Nach der ganzen Beweisaufnahme ist ein hinreichender Verdacht für einen gemeinschaftlichen Mord nicht mehr vorhanden. Nach dieser Richtung besteht überhaupt kein Verdacht, weder für die Staatsanwaltschaft

Flugzeug nach Kopenhagen geflogen. Als der Zeuge noch darauf zu sprechen kommen will, wie ihm bei seiner Rückkehr auf dem Bahnhof das schreckliche Ereignis mitgeteilt wurde, kann er anscheinend vor Bewegung nicht sprechen. Da die Einzelheiten nicht interessieren, wird dieser Punkt vom Vorlesenden verlassen.

Ein mißlungener Ausbruchversuch.

Die geheimnisvolle Strickleiter.

Am Montag wurde in dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit am helllichten Tage ein Ausbruchversuch unternommen. Als ein bestimmter Trupp von Untersuchungsgefangenen morgens um 9 Uhr auf den Gefängnishof hinausgeführt wurde, wurde plötzlich eine Strickleiter über die Mauer geworfen. Ein Gefangener, der zu den ersten ins Freie Gelangenen gehörte, stürzte eilends über den Hof und kletterte an der Strickleiter hinauf. Er war schon fast hinübergeklommen, als ein Gefängnisbeamter den Flüchtling noch im letzten Augenblick an den Beinen packte und herunterzog. Sofort verschwand auch die Strickleiter.

Die Nachforschungen ergaben, daß die Helfershelfer zu ihrem Versuch eine Stelle ausgewählt hatten, die von einem Hause in Alt-Moabit über mehrere Höfe und Gänge bis an die Gefängnismauer führte. Vor dem Ausgang Alt-Moabit hat ein Auto gehalten. Der verhinderte Ausbrecher bestreitet, vom dem Plan etwas gewußt zu haben. Angeblich hat ihm die Strickleiter gar nicht gegolten, was man freilich noch bezweifeln darf.

Das erste Konsum-Warenhaus.

Am morgigen Mittwoch wird das erste große Warenhaus der Konsum-Genossenschaft Berlin in der Oranienstraße (Ecke Luisenpark) eröffnet werden. Heute vormittag fand vor geladenen Gästen eine Führung durch die Räume statt. Der Geschäftsführer der Konsum-Genossenschaft Mirus, unterstützt von den Vorstandsmitgliedern Schreiber und Hille und dem Sekretär Wättiler, gab den Führer ab. Unter den geladenen und erschienenen Gästen sah man als Vertreter des DGB Genossen Soboth, des KPD-Bundes Genossen Hatan, der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin Direktor Bauer, von der Großhandels-Gesellschaft Hamburg Herrn Heinz. Was der Geschäftsführer Mirus vorgezogen hat, ist eingetroffen: das Warenhaus ist fix und fertig, und zweihundert Verkäuferinnen und Verkäufer stehen bereit, um morgen früh den gewaltigen Ansturm der Käufer und Käuferinnen aufzunehmen. Nach der Vorbesichtigung begaben sich die Gäste in das Gewerkschaftshaus am Engelufer, wo der Geschäftsführer Mirus einen erläuternden Vortrag hielt. Mit Entscheidung wies Genosse Mirus die Behauptung zurück, daß es der Konsum-Genossenschaft leicht sei, einen solchen Bau auszuführen, da sie mit Regierungsgeldern arbeite. In dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Die Konsum-Genossenschaft hat alles aus eigenen Mitteln geschaffen. Weiter machte er darauf aufmerksam, daß die Gegner der Genossenschaft hinterlistig Falsch stellen, indem sie Rechtsgüter in das Warenhaus schleichen, die versuchen sollen, einzukaufen. Genosse Mirus erklärte, daß, wenn man fortfähre, der Genossenschaft derartige Schwierigkeiten zu bereiten, die Genossenschaft sehr wohl Mittel und Wege habe, eines Tages das Warenhaus dem freien Verkehr zu öffnen, ohne daß die Mitglieder als Genossenschaftler darunter Schaden leiden. Mitten im Zentrum des arbeitenden Berlins, so schloß der Redner seine Ansprache, erhebt sich dieses erste, wahrhaft moderne Genossenschaftswarenhaus, von dessen Ruppel die Hausflagge der Genossenschaft weht. Wir werden dafür sorgen, daß diesem Warenhaus noch andere folgen werden.

Wieder ein Lustmord in Breslau.

Bei Breslau wurde die 24jährige Hausangestellte Gladis auf einer Wiese an der Landstraße von Hühnern nach Kropfkanonik ermordet aufgefunden. Die Leiche wies tiefe Messerschnitte an Kopf und Hals auf. Es wird angenommen, daß es sich um einen Lustmord handelt, und man vermutet, daß der Mörder identisch ist mit dem Mörder, dem der Mord im Prostituiertenquartier, über den wir vor etwa vier Wochen berichteten, zur Last fällt.

Den Opfern des Bergwerks!

In Dortmund wurde auf dem Friedhof zu Kirchborn ein Denkmal für 16 Bergleute eingeweiht, die bei der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ im Jahre 1926 mit 116 anderen Kameraden ums Leben kamen. Ein solcher Akt ist sicher zu begrüßen. Wichtiger aber ist es, für die Hinterbliebenen zu sorgen und in den Gruben alle nur erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Für die Jugendweibe im Großen Schauspielhaus, die Sonntag, 1. April, stattfindet, beginnt die Lebensstunde Vorbereitung Ausgang dieses Monats. Schriftliche Nachricht erhalten die Teilnehmer Mitte Februar.

Die Einmischung der KPD.

Western brachte die „Rote Fahne“ die verlogene Protestresolution aus Hanau a. M. zum Ausdruck, die die dortige KPD im Ortsauschuß des DGB zur Annahme brachte, wonach dieser Ortsauschuß die Einmischung von Gewerkschaften in parteipolitische Angelegenheiten der KPD. aufs schärfste zurückweist. Wohlgekannt, diese „Zurückweisung“ ist erfolgt, nachdem die Streikleitungen in Mitteldeutschland sich gegen die Einmischung der verlebenden KPD-Instanzen in die Streiführung der Gewerkschaften wenden mußten.

Daß die KPD. es noch wie vor als ihr Recht betrachtet, sich jederzeit und strupplos in die Gewerkschaftskämpfe einzumischen, ist bei der von ihr zum Prinzip erhobenen Unverletzlichkeit selbstverständlich. Trotzdem der deutsche Metallarbeiterverband sich in dem Kampfe in Mitteldeutschland die Danaerhilfe der KPD. verbeten hat, lassen die Herrschaften sich in der Befolgung ihrer „parteipolitischen Angelegenheiten“ nicht stören.

Heute ruft die Bezirksleitung der KPD. für Berlin-Brandenburg-Lausitz in der „Roten Fahne“ dazu auf,

„besonders in dieser Woche bei der Lohnzahlung für die Unterstützung der mitteldeutschen Metallarbeiter Geldsammlungen vorzunehmen. Es sind dafür die von der Internationalen Arbeiterhilfe (!) herausgegebenen Sammellisten zu benutzen.“

Dazu wird aus Halle über das Ergebnis von Sammlungen der IAH. berichtet, die auch bei Geschäftsleuten „vorgenommen“ wurden. Die Durchführung dieser Aktion erfolge in enger Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten (d. h. denen der KPD. — was nicht gelagt wird —) der Betriebe.

Wie weit die Unerschämtheit geht, ergibt sich daraus, daß dem Bezirksleiter des DGB. in Halle, dem Genossen Köhler, vorgeworfen wird, er propagiere, weil er keine Referenten der kommunistischen Partei über den Metallarbeiterkampf in Mitteldeutschland zulassen will.

Zu der heutigen Beiratsitzung des DGB. in Stuttgart nimmt die „Rote Fahne“ die Gelegenheit zur Einmischung ebenfalls wahr und sagt dem Vorstand und Beirat des DGB., was er jetzt tun soll und was er nicht tun soll.

Die Gewerkschaften haben also alle Ursache, der sehr aufdringlichen Einmischung der KPD. in die Gewerkschaftskämpfe einen Riegel vorzuziehen.

Die Arbeiterschaft im neuen Staat.

Genosse Jürgel bei den Böttchern.

In der überfüllten Quartiersversammlung der Berliner Böttcher am Sonntag vormittag im Rosenhofer Hof sprach der Berliner Polizeipräsident Genosse Jürgel über die Arbeiterschaft im neuen Staat. Er schilderte zunächst die Stellung der Arbeiterschaft im alten Obrigkeitsstaat und führte einige charakteristische Beispiele an, wie man damals durch Schikanen der Justiz und Polizei im Zusammenstoß mit den Unternehmern die austretende Arbeiterschaft niederhalten wollte. Trotz dieser Schikanen oder besser gesagt gerade infolge der Unterdrückungsmaßnahmen ging es in der deutschen Gewerkschaftsbewegung unaufhaltsam vorwärts.

Es kann darüber keine Meinungsverschiedenheit geben, daß es im heutigen Staat etwas anders geworden ist. Die Arbeiterschaft hat heute einen Einfluß auf den Staat. Wäre es früher möglich gewesen, daß ein Polizeipräsident durch einen Erlaß die Polizei anweist, bei Wirtschaftskämpfen nicht zu zugunsten einer Partei einzugreifen, sondern sich neutral zu verhalten?

Wäre es weiter früher möglich gewesen, daß ein Polizeipräsident einen Unternehmer unter Bedrohung von Geld- oder Haftstrafe zur Bestellung eines Wohlwollenden für die Betriebsratswahl auffordert, und daß der Handelsminister die Regierungspräsidenten und Bergämter auffordert, gegen die Unternehmer genau so vorzugehen?

Genau ist diese Republik noch nicht das, was die Arbeiterschaft erstrebt. Es ist noch ein ziemliches Stück Weges bis zu unserem Endziel. Deshalb ist es notwendig, die Gewerkschaften zu stärken und die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu schulen, damit wir, wenn wir einmal wieder in den Besitz der politischen Macht gelangen, auch die wirtschaftliche Macht halten können. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, durch die richtige Stimmabgabe bei den kommenden Wahlen den Staat so zu formen, wie sie ihn haben will. Mit einem Appell, bei dem kommenden Wahlkampf alle Kräfte für die Erringung der Ziele der Arbeiterschaft einzusetzen, schloß Genosse Jürgel seinen Vortrag, der mit starkem Beifall aufgenommen wurde.

In der Diskussion versuchten einige Redner, die anscheinend der grundsätzlichen „Opposition“ angehören, den Genossen Jürgel in seiner Eigenschaft sowohl als früherer Köhler wie als Berliner Polizeipräsident für Uebergriffe einzelner Polizeibeamten verantwortlich zu machen und diese Dinge so hinzustellen, als ob er sie stillschweigend dulde. In seinem Schlußwort konnte Genosse Jürgel diese Behauptungen glatt widerlegen, wobei er auch auf die Demonstrationen zu sprechen kam, die durch ihre Häufigkeit nicht mehr die Wirkungen haben, die sie früher einmal hatten. Er lehnte auch entschieden die im alten Preußen-Deutschland angewandte Taktik ab, der einen Partei Demonstrationen zu verbieten und sie der anderen zu erlauben.

Ründigung in der Berliner Personenschiffahrt.

Wiederholt erkundigen sich Vereinigungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie Vertreter von Schulen und sonstigen Vereinigungen bei uns als Abteilung „Schiffahrt“ im Deutschen Verkehrsband, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Personal bei den einzelnen Reedereien usw. geregelt sind. Bei einzelnen Reedereien war dieses bisher der Fall. Jetzt sind alle Lohn- und Tarifverträge zu Ende März bzw. April aufgekündigt. Bei der sonderbaren Einstellung der Berliner Personenschiffahrtsunternehmen, die zum Teil immer noch nicht wissen, daß sie von der wertvollen Bevölkerung Groß-Berlins leben, bleibt es zweifelhaft, ob eine Neuregelung zustande kommt. Wir empfehlen daher unseren Freunden aus der Arbeiterbewegung, sich bei uns weitere Informationen einzuholen, bevor Abschlüsse für Vereinsfahrten usw. mit den Reedereien getroffen werden. Telefon: Amt Jannowitz F 7 6191, nach 17 Uhr und Sonntags ab 13 Uhr Nachruf 5670.

Die Metallarbeiter in Offenbach a. M.

Was sie von den Moskauern halten.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Sonntag erhielt die Liste Stadtmüller (Mistardam) 1782 Stimmen; die Liste Bernhard (Moskau) 195 Stimmen. Bei der struppeligen Wahlaktion und persönlichen Berührung der in verantwortlicher Stellung befindlichen Kollegen bedeutet das Resultat eine vernichtende Niederlage der Revolutoren. Bezeichnend war, daß die „Revolutionäre“ gegen die Angestellten keine Gegenvorschläge eingereicht hatten.

Lohnstreit auf den Marinewerften.

Die Organisationen der Arbeiter der Marinewerft Wilhelmshaven und des Marinearsenals Kiel wurden durch eine Entschädigung ermächtigt, bei der Marineleitung auf die Anerkennung des Schiedsspruches vom 5. Januar zu drängen. Für diese Entschädigung wurden auf der Marinewerft Wilhelmshaven 5340 Stimmen abgegeben, dagegen 270; auf dem Marinearsenal Kiel 749 gegen 142 Stimmen.

Um die Arbeitszeit der Zeichenangestellten.

Essen, 14. Februar.

Die Verhandlungen zwischen den kaufmännischen Angestelltenverbänden und dem Zeichenverband sind am Montag abgebrochen und auf den 1. März vertagt worden. Bei den Verhandlungen drehte es sich in erster Linie um die Regelung der Ueberarbeitsleistung und deren Bezahlung.

Bergarbeiterstreik in England.

Im Kohlenbezirk von Süd-Shields erhielten etwa 1000 Bergleute ihre Kündigung. Die Bergarbeiter zweier benachbarter Bezirke, die das gleiche Schicksal fürchteten, traten in einen Sympathiestreik ein. Insgesamt haben etwa 8000 Bergarbeiter die Arbeit eingestellt.

Deutscher Holzarbeiterverband. — Musikinstrumentenarbeiter: Heute, Dienstag, 14. Februar, 17 Uhr, außerordentliche Vertrauensmännerversammlung im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnforderung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Glöckner; Revolution: A. J. Böcher; Sozialismus: Fritz Rothardt; Anzeigen: H. Glöckner; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, E-B 65, Eichenstraße 2.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser lieber Freund und Kollege, der Pauer Max Rex am Freitag plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Britzer Gemeinde-Friedhof Schaulstraße statt. Kollege Heinrich Caube.

Zuverlässige billige und gute Stiefel gibts bei H. Bähr Berlin, Spittelmarkt 7

Beleuchtungskörper Auch bis zu 18 Raten Raddatz & Co. Berlin, Leipziger Str. 122-123

PROGRAMM KINO = TAFEL PROGRAMM

BTL Potsdamer Straße 38 Henny Porten in Violantha	Luisen-Theater Reichenberger Straße 34 Maciste, der Held der Berge und Die Bankräuber von Alaska Bühnenschau	Pharus-Lichtspiele Müllerstr. 142 Der große Sprung mit Leni Riefenstahl Der Kampf des Donald Westhof	Kammerlichtspiele Friedrichsfelde, Berliner Straße 18 Höhere Töchter Slog Slog, d. Nanas oha. Hoffnung	Filmpalast Ballschmieder Badstraße 17 Chang, ein Dschungel-Drama Um Himmelswillen mit Harald Lloyd	Charlottenburg Schlüter-Theater Schlüterstr. 17 W. 7, 9.15. S. ab 4 Uhr Steh' Ich in Finstern Mitternacht Ferner: Nur zur Probe Jugendliche haben Zutritt
Rheinstraße 14 Verlängert! Pat und Patachon in Pelikanen Für Jugendliche	Südwesten Film-Palast Kammersäle Teltower Straße 1-4 Der alte Fritz (1. Teil) mit Otto Gebühr	Nordwesten Welt-Kino Alt-Moabit 99 Schinderhannes Halt Dich fest Filterwochen	Gesundbrunnen Kristall-Palast Prinzenallee 1-6 Der alte Fritz (1. Teil) Bühnenschau	Pankow Tivoli-Lichtspiel-Th. Berliner Straße 27 Film: Der große Sprung Nur zur Probe Bühne: 3 Puhmanns, Luft-sensation	Faun-Lichtspiele Krumme Straße 37 Ueber alles die Liebe und Maciste im falschen Verdacht
Odeon, Potsdamer Str. 75 Verlängert! Königin Luise (2. Teil) Für Jugendliche	Osten Kolibri-Lichtspiele Belle-Alliance-Platz 2 Das indische Grabmal 1. und 2. Teil in einem Programm	Osten Viktoria-Lichtbild-Th. Frankfurter Allee 48 Mady Christians in Königin Luise (2. Teil) Ferner Bühnenschau Jugendliche haben Zutritt	Marienbad-Palast Badstraße 35-36 Duell in den Lüften Die Dollarprinzessin und ihre sechs Freier Bühnenschau	Reinickendorf-Ost Palast-Theater Breite Straße 21a Maria Stuart Jugendliche haben Zutritt	Emelka-Palast (Athambra) Kurfürstendamm 68 Uraufführung: Gilly Feindt Der Feldmarschall Ein Film von Sport und Liebe
Turmstraße 12 Verlängert! Der alte Fritz (1. Teil) mit Otto Gebühr Für Jugendliche	Norden Passage-Lichtspiele Neukölln, Bergstraße 151-53 Harry Liedtke in Der Bettelstudent Ferner Bühnenschau Jugendliche haben Zutritt	Schwarzer Adler Frankfurter Allee 99 Die raffinierteste Frau Berlins Ferner: Hoot Gibson in Rummelplatz „Wildwest“ Auf der Bühne: Gastspiel von Pauls Bunte Bühne	Prinzen-Palast Prinzenallee 42-43 Königin Luise (2. Teil) Bühnenschau	Linden-Lichtspiele Residenzstraße 124 2 große Schlager: Räse einer Nacht mit Harry Piet und Die Hochstaplerin	Steglitz Titania-Palast Schloßstr. 4 Ecke Quismuthstr. Spielzeiten: Wochentags 6.30 und 9 Uhr, Sonnabends und Sonntags 4, 6.30 und 9 Uhr. Der alte Fritz (1. Teil) mit Otto Gebühr Regie: G. Lamprecht Otto Gebühr persönlich auf der Bühne. Ab Donnerstag: Der alte Fritz, 2. Teil (Ausklang)
Alexanderstraße 39-40 (Passage) Der rote Ritter der Luft Gewidmet d. glorreichen Helden v. Richthofen Für Jugendliche	Süden Alhambra Müllerstr. Der alte Fritz (2. Teil) mit Otto Gebühr und Beiprogramm	Concordia-Palast Andreasstraße 64 Artisten, ein Zauber der Manege Das Dirnenstück Bühnenschau	„Alhambra“ Badstraße 55 Königin Luise (2. Teil) Bühnenschau	Humboldt-Theater Badstraße 19 Die Spielerin Kampf um Liebe Bühnenschau	Bürgergarten-Lichtsp. Hauptstr. 31 und Lindauer Straße Die indiskrete Frau mit Jenny Jugo, Georg Alexander